

Die dbb jugend thüringen setzt sich für einen jungen und attraktiven öffentlichen Dienst ein.

Für neue potenzielle Anwärter*innen und Auszubildende stellt sich die Frage, was besonders am öffentlichen Dienst als Arbeitgeber ist. Sind es die Aufstiegschancen, die Bezahlung, die Qualität der Ausbildung, die Übernahmechancen oder gar die Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeiten? Ein sicherer Arbeitsplatz ist seit langem nicht mehr der einzige Anreiz für die Berufswahl. Viel mehr sind Aspekte wie Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten oder Arbeitsbedingungen von zunehmender Bedeutung. Bei vielen dieser Aspekte steht die freie Wirtschaft dem öffentlichen Dienst in nichts nach oder hat gar bessere Lösungen als dieser gefunden.

Laut dem Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst (Stand 2019) ist die flexible Arbeitsausgestaltung für den Großteil junger Menschen relevant. Besonders bedeutsam sind hierbei Vertrauensarbeitszeiten oder Gleitzeit sowie die Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung. Ebenso ist die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten relevant, jeder/jede Vierte stufte dies in der Umfrage als sehr wichtig ein. Gerade in Bürojobs, welche es auch im öffentlichen Dienst gibt, bietet sich das Modell des mobilen Arbeitens an. Leider ist die Beantragung eines Heimarbeitsplatzes im öffentlichen Dienst mit vielen Hürden und einem langwierigen Beantragungsprozess verbunden. Zahlreiche, zum Teil nicht planbare Lebenssituationen machen einen Heimarbeitsplatz erforderlich. Die dafür notwendige Flexibilität des öffentlichen Dienstes ist, unserer Meinung nach, zu selten gegeben. Im Gegenteil: Häufig hören wir, dass junge Beschäftigte nicht heimatnah eingesetzt werden und auf die Anfrage nach mobilem Arbeiten oftmals mit Unverständnis reagiert wird. Folglich ist es nicht verwunderlich, wenn Betroffene den öffentlichen Dienst verlassen.

Studienergebnisse zeigen, dass mehr als die Hälfte der jungen Befragten viel Wert auf eine gute Work-Life-Balance legen (Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst, 2019). Persönliche Umstände erfordern zum Teil nicht nur die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten, sondern darüber hinaus auch eine Beschäftigung in Teilzeit. Insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt hierbei eine bedeutende Rolle. Auch wenn dies nicht immer der erste Gedanke nach einer Ausbildung ist, folgt die Familienplanung häufig ein paar Jahre

nach Abschluss der Ausbildung. Hierbei sollten verkürzte Arbeitszeiten nicht die einzige Option darstellen. Die mit der Teilzeit einhergehenden finanziellen Einbußen kann sich nicht jede Person leisten. Daher ist es umso wichtiger, die Möglichkeiten eines Heimarbeitsplatzes auszuschöpfen. Hierfür sollte es klare Regelungen geben. Es zeigt sich, dass jungen Arbeitnehmenden die Familie, das höchste Gut ist, denn wenn wir ehrlich zueinander sind, wollen wir alle für unsere Familien da sein und Zeit mit ihnen verbringen. Somit sind sichere Jobs mit familienfreundlichen Strukturen für die Zukunft unabdingbar.

Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung wird in den nächsten Jahren deutlich sinken. Nach Berechnungen des Thüringer Landesamts für Statistik (TLS, Stand 2021) verringert sich die Anzahl der für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen um mehr als ein Fünftel (-22,1%). Die alterszentrierte Entwicklung der Personalstruktur zeigt, dass es umso wichtiger ist, qualifizierte Anwärter und Anwärterinnen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Dafür müssen das Land Thüringen sowie die Kommunen Geld in die Hand nehmen. Hierbei steht nicht zwangsläufig die Erhöhung der Besoldung bzw. Auszubildendenvergütung im Vordergrund, sondern viel mehr die Verbesserungen der Arbeits- bzw. Ausbildungsbedingungen. Die dbb jugend thüringen empfiehlt eine Überarbeitung der Ausbildungsgestaltung. Der Wechsel zwischen Theorie- und Praxisphasen sollte regelmäßiger sein. Teilweise acht ununterbrochene Monate in der Praxis sind nicht zielführend. Dies gilt ebenso für zu lange Theoriephasen. Durch einen regelmäßigeren Wechsel der Phasen, könnte das in der Theorie erworbene Wissen zeitnah in der Praxis angewandt werden. Dieses Modell wird in der freien Wirtschaft seit Jahren gewinnbringend eingesetzt. Darüber hinaus ist es wichtig, jungen Beschäftigten nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss einen unbefristeten Arbeitsvertrag anzubieten. Studien zeigen, dass einem Großteil der jungen Menschen ein sicherer Arbeitsplatz wichtig oder sehr wichtig ist (Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst, 2019). Dieses Bedürfnis nach Sicherheit kann und sollte der öffentliche Dienst mit unbefristeten Übernahmen erfüllen und die in vielen Bereichen übliche Handhabung befristeter Arbeitsverträge nach Ausbildungsende einstellen. Nur so können wir uns sicher sein, dass Ausbildungsabsolvent*innen im öffentlichen Dienst verbleiben.

Neben den grundlegenden Rahmenbedingungen stehen für junge Beschäftigte ebenso die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten im Mittelpunkt. Insbesondere die Möglichkeit Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, wird von jungen Beschäftigten als wichtig erachtet. Die Möglichkeit für Mitarbeitende nach der Ausbildung Qualifizierungen zu erwerben besteht. Allerdings hören wir zu oft, dass Jemand keine Fortbildung erhalten hat.

Häufig steht die Technik nicht zu Verfügung, um Schulungen ggf. auch digital anzubieten bzw. wahrzunehmen. Wenn Technik zur Verfügung steht, reicht diese häufig nicht aus, um allen Beschäftigten eine Teilnahme an der Veranstaltung zu ermöglichen. Doch gerade die Bereitstellung notwendiger Software wird von mehr als der Hälfte aller befragten junger Menschen als essenziell erachtet (Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst, Stand 2019). Ausnahmslos Jede*r sollte die Möglichkeit haben, an Fortbildungen teilzunehmen, um ihr/sein Wissen zu erweitern und um die Qualität der Arbeitsergebnisse auf einem hohen Niveau zu halten. Um als Berufsanfänger*in persönliches Entwicklungspotential entfalten zu können, ist es darüber hinaus von Bedeutung den Berufseinstieg mit entsprechenden Strukturen zu begleiten. Mehr als die Hälfte aller Befragten erachtet diese Option als relevant. Hierbei gilt es zu prüfen, inwiefern die in der freien Wirtschaft stark verbreiteten Traineeprogramme implementiert werden können.

Im Anblick des sinkenden Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung ist es dringend notwendig, den öffentlichen Dienst möglichst attraktiv für junge Nachwuchskräfte zu gestalten.

Die dbb jugend thüringen fordert daher:

- eine praxisnahe und moderne Ausbildung.
- die unbefristete Übernahme von Tarifbeschäftigten nach der Ausbildung.
- ausreichende Einarbeitungszeit beim Einsatz an neuen Stellen nach Ausbildungsabschluss.
- die Möglichkeit für junge Beschäftigte nach der Ausbildung erfahrene Kolleg*innen als Mentor*innen zu erhalten.
- die Verbesserung der Aufstiegschancen in die nächsthöhere Laufbahn, ohne Nachteile für die Beschäftigten während des Vorbereitungsdienstes.
- Zugang zu Wissen und Weiter- bzw. Fortbildungsmöglichkeiten für alle.